

**Peter Simon**  
Mitglied des Europäischen Parlaments

60, Rue Wiertz, B-1047 Brüssel  
Tel: +32 2 28 47558  
Fax: +32 2 28 49558  
E-Mail:



Straßburg, 16.11.2011

## **Peter SIMON: "Zwei Schritte vor, ein Schritt zurück"**

### **Europäisches Parlament verbietet erstmals spekulatives Finanzprodukt / Kommissionsvorschlag zu Ratingagenturen bleibt hinter Erwartungen zurück**

Das Europäische Parlament hat mit den sogenannten ungedeckten Kreditausfallversicherungen für Staatsanleihen ("Credit Default Swaps") erstmals ein spekulatives Finanzinstrument verboten. Geschäfte mit Kreditausfallversicherungen ohne tatsächliche Kreditvergabe (ungedeckt) sind damit nicht mehr möglich. "Kreditausfallversicherungen für Staatsanleihen ohne tatsächliche Kreditvergabe sind reine Spekulationsinstrumente. Das Verbot war längst überfällig", unterstreicht der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON** das Ergebnis. Die Parlamentarier beschlossen zudem, dass ungedeckte Leerverkäufe, d.h. der Verkauf eines Wertpapiers ohne dieses zu besitzen, bis zum Ende des Handelstages mit den entsprechenden Papieren unterlegt sein müssen. Ansonsten drohen den Verkäufern Strafzahlungen.

Besonders das Verbot ungedeckter Kreditausfallversicherungen wurde von den Mitgliedstaaten noch bis kurz vor Abschluss der Verhandlungen vehement abgelehnt. Sie mussten aber am Ende dem Druck der EU-Parlamentarier nachgeben. "Sowohl ungedeckte Leerverkäufe als auch ungedeckte Kreditausfallversicherungen auf Staatsanleihen können in Krisenzeiten fatale Kettenreaktionen auslösen. Das hat die aktuelle Krise leider unmissverständlich bestätigt. Wäre das Verbot früher gekommen, wäre weniger Geld verbrannt worden und die Gesamtsituation wäre weniger dramatisch", betont **Peter SIMON**.

Mit der Verordnung werden zwei Quellen der Instabilität auf den Finanzmärkten endlich reguliert. "Handlungsbedarf besteht aber auch im Bereich der Regulierung der Ratingagenturen. Die haben nicht nur viel zu spät vor der Krise gewarnt sondern die Krise durch fragwürdige Bewertungen sogar noch verschärft", betont **Peter SIMON**. Die von EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier dazu jetzt vorgelegten Gesetzesentwürfe zur Regulierung der Ratingagenturen gehen nach Ansicht des Mitglieds des Wirtschafts- und Währungsausschusses jedoch nicht weit genug. "Zwar steht die dringend nötige Verschärfung des Wettbewerbs, um die Marktdominanz der wenigen großen Ratingagenturen zu verringern im Fokus, aber weder die Interessenkonflikte bei der Bezahlung von Ratings noch die Schwierigkeiten verbunden mit der Bewertung ganzer Volkswirtschaften werden ausreichend berücksichtigt" kritisiert **Peter SIMON**.

"In den anstehenden Verhandlungen werden wir Sozialdemokraten uns deshalb dafür einsetzen, dass die Abhängigkeit von den Entscheidungen der Ratingagenturen verringert wird, insbesondere durch die Einrichtung einer unabhängigen europäischen Ratingagentur. Auch muss die Bezahlung von Ratings durch die Investoren erfolgen und eine ausreichende Haftung der Agenturen bei grob fahrlässigem Verhalten sichergestellt sein", fordert **Peter SIMON**. "Nur so können wir erreichen, dass wir uns auch in diesem Gesetzgebungsverfahren nach vorne bewegen und die in der Krise noch einmal deutlich aufgezeigten Probleme richtig behandelt werden."

*Für weitere Informationen: Büro Peter Simon, Tel. +33 3 881 77558*

Peter Simon, MdEP  
12 G 146, 60, Rue Wiertz, B- 1047 Brüssel  
Tel.: +32 2 28 47558, Fax: +32 2 28 49558, E-Mail: peter.simon@europarl.europa.eu

**PRESESEMITEILUNG**